

# Kleine Wahnachlesen

---

Helga Grebing

## Mehr als ein Debakel!

### Hat die SPD noch eine Zukunft?

Die SPD im freien Fall. Es fehlte ihr, so heißt es, an klaren Positionen, markanten Kandidaten, an Glaubwürdigkeit, an einer realen Machtoption. Ein Debakel, wenn nicht eine historische Zäsur, in der die seit längerem zu beobachtende politische ‚Identitätsentkernung‘ der Partei gipfelte? Oder war es ‚nur‘ der letzte Akt des Dramas, das da heißt ‚Ende des sozialdemokratischen Zeitalters‘?

Nicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat sich die SPD auf einer Talfahrt befunden, so auch im monarchisch-autoritären Kaiserreich, am Anfang und am Ende der ersten deutschen Republik seit 1918. Siegen und verlieren gehört eben zu einer Partei mit emanzipatorischen Urgrund, die sich selbst schon lange, endgültig mit dem Godesberger Programm von 1959, von Entwicklungsdeterminismen und Endzielutopien befreit hat und die Verwirklichung ihrer Ziele als dauernde Aufgabe versteht. Auch nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur gestaltete sich der Aufstieg der SPD langsam, fast qualvoll schleppend von 29,2 % der Wählerstimmen 1949 in 23 Jahren auf jene nie wieder erreichten 45,8 % bei der legendären ‚Willy (Brandt) wählen‘-Wahl 1972. Damals stimmte fast alles:

Es gab ein überzeugendes sozialdemokratisches ‚Modell Deutschland‘ auf der Grundlage einer modernen Arbeitnehmergeellschaft, eine Partei, die als links von der Mitte positionierte Volkspartei, ihre Begrenzungen überschreitend, soziale Bündnisse schmieden konnte, einen Parteiführer, der Partei und Wählervolk zu „mehr Demokratie wagen“ und mehr Solidarität für Arme, Alte und Geschlagene zu motivieren verstand.

Bereits in den 1980er Jahren begann jedoch ein struktureller Veränderungsprozess in der Gesellschaft, der die eigentliche historische Zäsur bedeutete: die sich zuvor homogenisierende Gesellschaft fächerte sich auf, die industriellen Hochburgen zerfielen, die sozialen Milieus, noch geprägt von der alten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, erodierten, und die Sozialdemokratie verlor ihren historischen Boden. Verstärkt wurde dieser Prozess durch die deutsche Einheit. Während die DDR-Staatspartei SED sich einfach zur PDS wendete und die CDU/CSU ihre ‚Blockflöten‘ aufnahm, musste sich die Sozialdemokratie in den ostdeutschen Ländern gänzlich neu erfinden – das SED-Regime hatte die einstigen sozialdemokratischen Hochburgen to-

tal zerstört. Das Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Wahl spiegelte dies wider: Die SPD musste sich mit 33,5 % der Wählerstimmen zufrieden geben, während die CDU/CSU 43,8 % einführte.

Während es in der Zeit der ersten Schröder-Regierung der Parteiführung noch gelang, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Innovation miteinander konzeptionell zu verknüpfen, gelang die Ausmessung der ‚Neuen Mitte‘ für die SPD nicht, und schließlich blieben nur noch ‚Hartz IV‘ und ‚Rente mit 67‘ als nun negativ wirkende Identitätsmuster übrig. Dem entsprach das veränderte Gesicht der SPD: Ausgezogen aus den traditionellen Arbeiterschichten vernachlässigte sie die Ausgegrenzten und gerierte sich bis in ihren linken Flügel hinein als Partei der Aufsteiger, der erfolgreichen, leistungsstarken Kinder aus dem Ex-Facharbeiter-Segment der Gesellschaft. Vorbei war es mit dem berechtigten Anspruch, Stellvertreter der kleinen Leute zu sein, mit dem Ruf eines zuverlässigen Garanten für ein Bemühen, sich für die unschuldig in Not geratenen Menschen solidarisch einzusetzen.

Ist diese SPD noch zu retten? Jedenfalls nicht, wenn sie sich jetzt mit Riesenschritten auf „Die Linken“ zu bewegen würde. Das könnte nämlich dazu führen, dass sich die SPD selbst überflüssig machen und das gleiche Schicksal erleiden würde wie ihre Schwesterparteien in Italien, in den Niederlanden, ja auch in Frankreich und in Großbritannien: verschwunden, bedeutungslos, geschwächt oder unter existentiellstem Druck stehend. Umgekehrt könnte es gehen: „Die Linke“ macht die Riesen-

schritte. Sie müsste nämlich nicht nur ihre utopischen weltpolitischen Postulate korrigieren, sondern auch ihr Demokratie-Verständnis präzisieren, sie müsste klären und erklären, dass und warum sie in nichts mehr die SED ist, und sie müsste sich von ihren dogmatischen Fundis distanzieren. Dann erst gäbe es eine Grundlage dafür, die bestehenden Schnittmengen zwischen beiden Parteien zu nutzen für den Widerstand gegen den zu erwartenden Sozialabbau.

Aber fragen wir nochmals: Unter welchen Voraussetzungen ist die SPD noch zu retten? Sie hat ein Programm, in dem unter Berufung auf den Demokratischen Sozialismus die Vergewisserung einer Vergangenheit ihren Ort gefunden hat, die noch die Kraft hat, künftiges Handeln zu motivieren. Sie braucht ein personelles Kräftezentrum, das die Kompetenz für eine durch Solidarität angeleitete Version von sozialer Gerechtigkeit zurückgewinnt. Schließlich müsste sie das Gleichgewicht der Flügel in der Partei neu justieren und die innerparteiliche Diskursfähigkeit sichern, damit die Unkultur der vorgesetzten Entscheidungen verschwindet. Ja, dann hätte die SPD eine Zukunft, nicht als Volkspartei, aber als etwas durchaus Moderneres: als ‚Querschnittspartei‘, die in fast allen gesellschaftlichen Segmenten ihre Wähler findet.

Strukturell ist die SPD darin der CDU/CSU sogar voraus. Auch diese befindet sich längst auf dem Weg, sich als Volkspartei zu verabschieden; es dauert noch, weil die sozialen Reservate, in denen sich ihre Wähler wertbezogen traditionell verhalten, noch einigermaßen gefestigt erscheinen. Und die FDP? Da

## Helga Grebing

kann man gespannt sein, ob und mit welchem Ergebnis Marktradikalismus und urliberale demokratische Kernbotschaften, die man in der FDP noch vermuten kann, miteinander streiten. Vielleicht sind es ja auch die Grünen, die zukünftig eine neue liberale Bürgerlichkeit vertreten. Es gibt noch viele weitere Zeichen dafür, dass die Volksparteien als die großen Integrationsma-

schinen ihren ‚Herbst‘ schon bald hinter sich haben werden. Die Frage wird sich immer dringender stellen, wer und was dann unsere Gesellschaft zusammenhält. Hoffnung für die einen, Besorgnis bei den anderen: Diese Wahlen am 27. September 2009 haben erneut bestätigt, dass die Bundesrepublik Deutschland ein knapp mehrheitlich konservatives Land ist.<sup>1</sup>

---

1 Der Beitrag ist zunächst erschienen in der Berliner Zeitung vom 02.11.2009. Wir bedanken uns für die Genehmigung zum Wiederabdruck.